

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

4.7.1927 (No. 152)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur:
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stechenel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretungen

** Der zum Vizekonsul bei dem Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr Phil. S. Hubbard ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden. — Der Amtsbereich des Mexikanischen Konsulats in Baden-Baden ist von der mexikanischen Regierung erneut auf das ganze Land erstreckt worden.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 23. bis 29. Juni

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung)
** Die günstigere Entwicklung der Arbeitsmarktlage hat in der Berichtszeit (23. bis 29. Juni) angehalten. Die Erwerbslosenziffer weist eine weitere Abnahme — diesmal von 21 028 um 1483 auf 19 545 — auf, diejenige der Krisenfürsorgeempfänger ist ebenfalls — von 9400 um 460 auf 8940 — zurückgegangen.

Hielt der Bedarf der Landwirtschaft, insbesondere an Anechten und Mägden, trotz der bevorstehenden Beendigung der Senernte an, so machte sich auch in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie ein gewisser Mangel an Qualifikationskräften fühlbar. Neben denjenigen industriellen Untergruppen, die sich bisher schon aufnahmefähig erwiesen, konnte insbesondere auch die Waggonfabrikation Einstellungen tätigen. Der derzeitige Stand der Arbeitsmarktlage in der Schmuckwarenindustrie kennzeichnet sich im allgemeinen durch anhaltende Vermittlungstätigkeit in mäßigem Umfang. Von Seiten des metallverarbeitenden Kleinergewerbes waren es vor allem Bauhilfslocherer, Baublechenerer und Installationsbetriebe, die Bedarf meldeten.

Der Kräftemangel der Textilindustrie hielt unvermindert an.

Innerhalb des weniger aufnahmefähigen Bekleidungs-gewerbes konnte eine Schuhfabrik, die ihren Betrieb infolge Umstellung geschlossen hatte, die Arbeit wieder aufnehmen.

In der Genussmittelindustrie ist die Kurzarbeit im Tabakgewerbe zurückgegangen (letzter Stand 3018 Kurzarbeiter gegenüber 3574 vom 22. Juni).

Im Bervielfältigungsgewerbe verstärkte sich die bisher schon lebhaft nachgefragte, insbesondere diejenige nach Zeichnern.

Der Bedarf des Baugewerbes an Fachkräften hielt sich bei leichten Schwankungen etwa auf der Höhe der Vorwoche, in einzelnen Bezirken hat er sich noch verstärkt. Doch blieb immer noch ein gewisses Angebot an Hilfskräften bestehen.

Für das Hotel- und Gastwirts-gewerbe gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit im ganzen weiterhin lebhaft.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg

am Sonntag fast ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug 60-70 Proz. Die Wahlen zeigten einen Ausfall nach links. Es erhielten Deutsche Nationalen 10 Mandate (im Jahre 1923: 9), Deutsche Volkspartei 1 (3), Sozialdemokraten 12 (8), Demokraten 2, Kommunisten 3 (7) und Völkische 1 (3).

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu dem Wahlausgang in Mecklenburg: Infolge der Vinstenverbindungen, von der die Deutschen Nationalen in erster Linie profitierten, kommt das Ergebnis der Wahl in den Mandatsverteilungen nicht vollständig zum Ausdruck. Charakteristisch für das Ergebnis ist der große Stimmenverlust der Rechten. Die Deutschen Nationalen verloren ein Fünftel, die Völkischen die Hälfte ihrer Stimmen. Noch größer ist der Verlust der Kommunisten, die 60 Proz. ihrer Stimmen verloren haben. Die Sozialdemokraten gewinnen etwa 30 Prozent ihres bisherigen Bestandes. Das ist deswegen bemerkenswert, weil die Sozialdemokraten im letzten Landtag häufig mit der von Deutschen Nationalen und Demokraten gestellten Regierung zusammenarbeiteten und auch deren Budget angenommen haben. Auf Grund des Wahlergebnisses läßt sich über die Regierungsbildung vorläufig nur sagen, daß eine Regierung der Rechten unter keinen Umständen gebildet werden kann. Die Rolle der Deutschen Nationalen als Regierungspartei ist ausgespielt. Da aber auch Demokraten und Sozialdemokraten keine Mehrheit haben, kann nur auf der Basis der Großen Koalition unter Anschluß der Wirtschaftsverbände eine sichere Regierung zusammenge-stellt werden.

Dr. Meyer Nachfolger Schmelzle. Der bayerische Minister-rat hat beschlossen, den Ministerialrat im Justizministerium, Dr. Meyer in das Amt zu berufen.

* Die Deutschnationalen und ihre Koalitionspartner

** Wir haben neulich in mehreren Artikeln darauf hingewiesen, daß die Art und Weise der deutschnationalen Agitation im Lande geeignet ist, uns außenpolitisch recht zu schädigen, und daß diese Agitation auch von den Koalitionsgenossen der Deutschnationalen überaus peinlich empfunden wird. Es waren besonders Stimmen aus dem Zentrumslager, die wir damals zitierten. Neuerdings macht aber auch die Presse der Deutschen Volkspartei gegen die höchst bedenklichen Methoden der Deutschnationalen Parteitagung Front. So schreibt z. B. der Herausgeber der „Tägl. Rundschau“, Heinrich Rippler:

„Es ist ein unaufrichtiger Zustand, daß die Hege gegen die Außenpolitik des Koalitionsministeriums in der Hauptsache von deutschnationalen Blättern, insbesondere der Hugenberg-presse geführt wurde. Wenn den Deutschnationalen an dem Bestande der Koalition gelegen ist, so werden sie darauf sehen müssen, daß nicht nur ihre Reichstagsfraktion vernünftige und den Grundgedanken der Koalition entsprechende Politik macht, sondern auch ihre Presse und ihre Agitation im Lande. Mit einer Politik, die draußen auf dem Lande regiert und im Reichstag zustimmt, kann eine Koalition auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden.“

Auch der Pressedienst der Deutschen Volkspartei nimmt Stellung zu den Verhältnissen in der deutschnationalen Partei. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt nämlich:

„Die Deutschnationale Partei zeigt in der Tat einen Janus-lkopf, der im Reichstage ja, draußen im Lande nein sagt. Dieser Gegenfall besteht, seitdem die Deutschnationale Volkspartei in die Koalition der Reichsregierung eingetreten ist. Er ist psychologisch verständlich als eine Folgewirkung der früher einseitig auf Opposition eingestellten Gesamtpolitik der Deutschnationalen Volkspartei. Seine Überwindung ist aber nicht nur eine Lebensfrage für die Deutschnationale Volkspartei selbst, sondern auch, wie Rippler hervorhebt, für die Regierungskoalition. Man kann nicht Regierungspolitik und Oppositionspolitik gleichzeitig treiben. Eins oder das andere, aber nicht eins und das andere. In diesem Sinne muß die berührte Frage: „Wohin geht die?“ auch an die Deutschnationale Partei gestellt werden.“

Und weiter heißt es:

„Durch solche verzweifelte Vorkämpfe kann die deutschnationale Presse und Agitation im Lande doch die Tatsache nicht befreien oder nur verschleiern, daß ihre Reichstagsfraktion und ihre Minister im Kabinett die Außenpolitik Stresemanns wieder einmal gebildet und gebilligt haben. Es ist die höchste Zeit, daß die deutschnationale Parteileitung und die deutschnationale Reichstagsfraktion sich auch im Lande durchsetzen. Es wäre ein großer Irrtum, wenn etwa deutschnationale Kreise glauben wollten, durch ein Doppelspiel die deutschnationalen Wahlausichten fördern zu können. Im Gegenteil! Auch wenn sich die Deutsche Volkspartei zurückhält, werden alle übrigen Gegner der Deutschnationalen Volkspartei es sich nicht nehmen lassen, in dem kommenden Wahlkampf das abschreckende Bild des deutschnationalen Januskopfes den Wählern anschaulich vorzuführen. Die deutschnationale Presse dient nicht nur der Regierungskoalition, sondern auch der eigenen Partei, wenn sie konsequent den gemeinsamen Kurs der Regierungsparteien unterstützt und sich in der Kritik auf das durch die gemeinsamen Ziele gebotene Maß beschränkt.“

Der „Badische Beobachter“, der diese Ausführungen abdruckt, bemerkt dazu:

„Wir zitieren hier diese scharf kritischen Ausführungen des Pressedienstes der Deutschen Volkspartei, weil die Kenntnis dieser Verhältnisse in der deutschnationalen Partei und des Schoß, das sie gerade auch in der Deutschen Volkspartei finden, dazu beiträgt, manches (nicht alles!) von dem zu verstehen, was Dr. Birth in letzter Zeit gesprochen bzw. getan hat. Jedenfalls haben deutschnationale Kreise am wenigsten Grund, über Dr. Birth herzufallen, wenn die Dinge bei ihnen so aussehen, wie sich aus obigen Ausführungen ergibt.“

So, wie es hier die deutschvolksparteilichen Organe und der „Beobachter“ tun, haben auch wir neulich die Dinge beurteilt. Sie müssen geändert werden, oder die Koalition wird eines Tages doch noch in die Brüche gehen.

Schwierigkeiten in der Verständigung der Kreuzerfragen. Aus Genf wird berichtet: Die amerikanischen Vertreter der Dreimächtekonferenz wurden angewiesen, gegen den britischen Vorschlag, die Kreuzertonnage auf 600 000 tons festzusetzen, sich zu wenden. Der amerikanische Vorschlag sieht eine Tonnage von 300 000 tons vor. Es verläutet, daß, wenn Großbritannien auf der Ziffer von 600 000 oder 500 000 tons bestehen sollte, Gibson gezwungen sein werde, seine Bemühungen für eine Verständigung in der Kreuzerfrage einzustellen. Er werde sich dann lediglich auf die Zerstörer- und Unterseebootsfrage beschränken.

Schweres Explosionsunglück in Ranking. Zwei mit Sprengstoffen beladene Schunten, die am Umladepfad lagen, explodierten plötzlich. Über 100 Chinesen wurden Opfer dieser Explosion.

Beamtentum und Presse vor dem Kriege und heute

Von Dr. Klaus Vuschmann, Berlin

In Deutschland war es vor dem Kriege, im Gegensatz zu anderen Ländern, um den Verkehr der Behörden und damit auch der Beamten mit der Presse schlecht bestellt. Sehr zum Schaden des alten Regimes. Gätta man damals der „Kiesorgel der öffentlichen Meinung“ mehr Gehör und Vertrauen geschenkt, sie gleich dem großen Kanzler Bismarck als das Korrektiv der Regierung“ gelten lassen und im gegebenen Augenblicke auch selbst auf ihr zu spielen verstanden, dann würden die Geschehnisse der Folgezeit wohl einen etwas anderen Lauf genommen haben. Unter den zivilen Reichszentral-behörden besaß damals allein das Auswärtige Amt eine Nachrichteneinrichtung, die jedoch nur von einem Teil der Zeitungen in Anspruch genommen wurde. In anderen Reichsressorts war ein vortragender Rat geschäfts-ordnungsmäßig damit betraut, namens seines Reichs-amtes Pressevertretern Auskunft zu erteilen. Aber er pflegte nicht allzuviel von sich zu geben und wurde deshalb von den Journalisten scherzhaft gern der „Lobengrin“ („Wie sollst du mich befragen“) geheißen. Nachrichten von besonderer Wichtigkeit verbreiteten die Reichsämtler fast durchweg durch Wolffs Telegraphisches Büro. Mindere wichtige amtliche Presse-notizen wurden, hauptsächlich von Seiten des Reichspostamtes, eines Reihe Berliner und Provinz-Zeitungen brieflich über-fernt. Auch kam es vor, daß ein Ressort mit einem Berliner Zeitungskorrespondenz-Unternehmen dergestalt in Beziehung trat, daß dessen Leiter öfter in dem Reichs-amt zur Entgegennahme von Neuigkeiten vorprach, die er dann an die auf seine Korrespondenz abonnierten Zei-tungen, also immer nur an eine beschränkte Zahl, ver-vielfältigt weitergab. Im allgemeinen aber übten die Reichsämtler der Presse gegenüber große Zurückhaltung. Erst die Sorgen und Nöten des Krieges brachten beide einander näher. Nunmehr legte sich auch das wichtige und vielseitige Reichsamt des Innern eine Presse-stelle zu. Ferner begannen der General- und Admiralstab in Berlin regelmäßig, draußen im Reich gelegentlich Pressebesprechungen abzuhalten, zu denen auch andere Ressortvertreter erschienen, um Mitteilungen zu machen. Die Berliner Konferenzen sind bis heute beibehalten und finden jetzt tagtäglich statt, worauf es wohl auch mit zurückzuführen ist, daß neuerdings die meisten ange-sehene deutschen Zeitungen in der Reichshauptstadt eine ständige Vertretung unterhalten.

Die Grundlagen eines einheitlichen Systems für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Reichsbehörden und der Presse wurden im September 1917, unter den kurzen Kanzlerschaft Dr. Michaelis, geschaffen. Bei jeder Reichszentralbehörde sollte fortan gemäß dem darüber bekanntgegebenen Richtlinien eine Presse-einrichtung bestehen, um in dauernder Fühlung mit der Zeitung, den Abteilungen und den Sachreferenten des Ressorts die Presse jederzeit und möglichst erschöpfend über die für weitere Kreise bedeutungsvollen Arbeiten und Maßnahmen des Amtes zu unterrichten und ihre den Stoff zu deren Wertung und Beurteilung zu über-mitteln. „Wenn die Behörden“, so hieß es in der amt-lichen Verlautbarung, „Einrichtungen schaffen, um der Presse ihre verantwortungsvolle Arbeit zu erleichtern, so erfüllen sie damit nur ihre durch das Gemein-de-interesse vorgezeichnete Pflicht.“ Das wohl zugleich hier-mit angestrebte weitere Ziel, durch Einrichtung ziviler amtlicher, dem Presseschef des Reichskanzlers unterstellter Pressestellen der Reichsleitung das Übergewicht über das Kriegspresseamt zu sichern, wurde freilich nicht erreicht. Schon deshalb nicht, weil die bei Kriegsausbruch ein-gerichtete Zensur die Nachrichten, die sich allmählich auf immer mehr Teile des Zeitungsinhaltes ausdehnte, bis zum Kriegsende den militärischen Zensurstellen vorbe-halten blieb. Bei der Staatsumwälzung aber löste sich das Kriegspresseamt auf. Dafür traten jetzt, zugleich mit neuen Reichsressorts, weitere Nachrichtenstellen ins Leben. Bei den heute vorhandenen 11 Reichsministerien mit amtlichen Presse-einrichtungen befinden sich diese überwiegend in den Händen von Fachleuten. Die beim Preussischen Staatsministerium und beim Preussischen Ministerium des Innern bestehenden Pressestellen wer-

Mit der Beilage: 33. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

den von Beamten verwaltet, die vordem Journalisten waren. Pressstellen wurden in der Folge bei den preussischen Provinzialbehörden, ferner bei den anderen Ländern am Sitz des Staatsministeriums, sowie bei den freien Städten errichtet. Auch die Selbstverwaltungskörper (Kommunen usw.), desgleichen die Industrie erkannten immer mehr die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Presse und gingen deshalb schon vielfach denselben oder doch einen ähnlichen Weg.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 2. Juli.

Ohne Aussprache wird zunächst der demokratische Antrag auf **Abschaffung der Staatsrenten** der früheren Landes- und Standesherrn und sonstiger wiederkehrender Leistungen dem Rechtsausschuss überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des von den Kommunisten eingebrachten Gesetzesentwurfes über die **Amnestie politischer Straftaten**. Der Ausschuss hat den kommunistischen Entwurf abgelehnt. Er beantragt eine Entschließung, in der angeregt wird, im Gnadenwege noch mehr als bisher Zuchthausstrafen zu mildern, die vor der Milderung des Republikabstufungsgesetzes vom 8. Juli 1926 verhängt wurden. Weiter wird die Begnadigung bedingt in den Fällen, die nur deshalb unter das Amnestiegesetz fielen, weil das Urteil nach dessen Inkrafttreten gefällt wurde. Schließlich regt die Entschließung die Einzelbegnadigung bei solchen politischen Vergehen an, die infolge von Unerfahrenheit oder Verführung verübt wurden, oder weil die betreffenden Personen, ohne die Tragweite ihrer Handlungsweise zu überblicken, zu ihrem verbrecherischen Tun gekommen sind.

Abg. **Hüllein** (Komm.) tritt für den kommunistischen Amnestieantrag ein und macht dem Reichsgericht den Vorwurf, daß sich seine Rechtsprechung einseitig gegen die Kommunisten, aber nicht gegen die Rechtsputzschützen richte.

Abg. **Dr. Fried** (Nat.-Soz.) bezeichnet das letzte Amnestiegesetz als unzulänglich. Die damals ausgenommenen Fälle von 1923 müssen endlich auch amnestiert werden. Der Redner beantragt, der Ausschussentscheidung eine **Ergänzung** beizufügen, in der ersucht wird, aus Anlaß des bevorstehenden 80. Geburtstages des Reichspräsidenten im Benehmen mit den Ländern eine umfassende Amnestie, insbesondere für politische Straftaten, vorzubereiten.

Abg. **Dr. Rosenbergs** (Unabh. Soz.) bezeichnet eine weitestgehende Amnestie für politische Gefangene für notwendig. Es sei nicht von der Hand zu weisen, daß von der politischen Justiz mit verschiedenem Maße gemessen wird.

Abg. **Landberg** (S.) erklärt, das letzte Amnestiegesetz habe seine Freunde nicht befriedigt. — Damit schließt die Aussprache. Im **Sammelsprung** wird mit 164 gegen 95 Stimmen der kommunistische Amnestieentwurf abgelehnt und die Ausschussentscheidung unter Ablehnung des nationalsozialistischen Ergänzungsantrages angenommen.

Es folgt der Teilbericht des Haushaltsausschusses über die von den Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gestellten Anträge auf

Erhöhung der Beamteneinsparung.

Diese Anträge, die vom April, Juli oder August ab für die Beamten **Abschlagszahlungen** auf die in diesem Jahre vorgesehene Besoldungsreform verlangen, sind vom Ausschuss abgelehnt worden. Der Ausschuss beantragt, daß die Vorlage der Besoldungsreform, sobald sie dem Reichstag zugegangen ist, dem Haushaltsausschuss überwiesen werde. Sollte die Vorlage vor dem 1. Oktober vom Reichstag nicht verabschiedet werden können, so wird der Ausschuss vor dem 1. Oktober über eine Ermächtigung an die Reichsregierung Beschluß fassen, in welcher Höhe Abschlagszahlungen auf die künftige Besoldungserhöhung am 1. Oktober 1927 abzuzahlen werden können.

Abg. **Dr. Schulz** (Dt. Rp.) erklärt namens der Regierungsparteien, daß diese die **schwere Notlage der Beamten** anerkennen und von der Regierung eine Vorlage erwarten, die einen Ausgleich für diese Notlage bietet. Sie erwarten, daß die Besoldungsreform sich auch auf die **Ruhestands- und Wartungsbeamten** erstreckt, und daß sich auch die Länder und Gemeinden dem Beispiel des Reiches anschließen. Nach den Erklärungen der Reichsregierung und der Länderregierungen ist eine Erhöhung der Gehälter vor dem 1. Oktober leider nicht möglich. Darum haben sich die Regierungsparteien unter schwersten Bedenken entschließen müssen, den dringenden Wunsch auf Auszahlung vor dem 1. Oktober zurückzustellen. Sie verpflichten sich jedoch, dafür zu sorgen, daß die Beamten bereits ab 1. Oktober Abschlagszahlungen auf die kommenden Erhöhungen erhalten. Die Regierungsparteien stimmen dem Ausschussantrag zu. Sie beantragen, daß gleichzeitig mit den Beamten auch den nach dem Reichsverordnungsgesetz zu versorgenden Personen eine Abschlagszahlung geleistet wird.

Abg. **Vender** (Soz.) wirft den Regierungsparteien vor, sie hätten nicht nur die Beamten durch unerfüllte Versprechungen getäuscht, sondern durch ihre Zoll- und Steuerpolitik auch noch ihre Lebenslage verschlechtert. Reich und Länder wären durchaus in der Lage, schon vor dem 1. Oktober den Beamten die dringend nötige Besoldungserhöhung zu geben. Die Sozialdemokratie beantragt für die Beamten der Gruppen I bis VII ab 1. April Erhöhungen von 20 $\%$, mindestens aber ab 1. Juli 1927.

Abg. **Zorgler** (Komm.) wendet sich gegen den Ausschussantrag. Abg. **Wrobauf** (Dem.) weist auf die sehr schlechte Befehung des Saales hin und meint, dieses geringe Interesse des Reichstages stehe in tristem Gegensatz zu dem lebhaften Interesse, mit dem die deutsche Beamtenschaft die Entscheidung des Parlamentes erwartet. Für die demokratische Fraktion beantragt der Redner eine **Ergänzung** der Ausschussentscheidung dahin, daß der Ausschuss alsbald, ohne die Regierungsvorlage abzuwarten, Beschluß faßt über eine Ermächtigung an die Reichsregierung, nach welcher den Beamten der Gruppen I bis XII, sowie den Empfängern von Wartegelds, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge im Juli, August und September 1927, unabhängig von der angekündigten Vorlage, prozentuale Zuschläge auf ihre jetzigen Bezüge zu zahlen sind.

Abg. **Kling** (Wirtsch. Ver.) führt aus, in der Bevölkerung, besonders in der notleidenden Kleinbauernschaft, sei wenig Stimmung für weitere Besoldungserhöhungen vorhanden.

Abg. **Dietrich** (Nat.-Soz.) führt die vielen Anträge an, die von allen Parteien zugunsten der Beamten gestellt wurden im Januar 1926, als die Regierung noch nicht gebildet war. In die in diesen Anträgen enthaltenen Versprechungen hätten sich die Regierungsparteien in keiner Weise gehalten.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) erörtert die Finanzlage des Reiches und kommt zu dem Schluß, daß das Reich sehr wohl schon vor dem 1. Oktober Besoldungserhöhungen geben könne. Auf die Erklärung der Ländervertreter brauche in diesem Falle keine Rücksicht genommen zu werden.

In der Abstimmung werden sämtliche **Änderungsanträge abgelehnt**, der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Der Antrag der Regierungsparteien über die Bezüge der Pensionsempfänger wird zurückgestellt.

Ohne Aussprache werden noch Anträge des Verkehrs-Ausschusses über die Behebung von Schäden von Wasserstraßen angenommen.

Gegen 16 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag 14 Uhr. Tagesordnung: Die Vorlagen über die Änderung von Zoll-

Politische Neuigkeiten

Empfang aus den besetzten Gebieten beim Reichskanzler

Reichskanzler **Dr. Marx** empfing am Samstag in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Gebiete Vertreter der Spitzengewerkschaften und des Gewerkschaftsausschusses für die besetzten Gebiete. In längerer Ansprache würdigte der Reichskanzler die vaterländische Haltung der Bevölkerung an Rhein und Ruhr und gedachte dabei insbesondere der Verdienste, die sich die gesamte Arbeitnehmerchaft des besetzten Gebietes um Volk und Vaterland erworben hätten. Er habe angeordnet, daß der Arbeitnehmeranteil des im Reichsstatat vorgesehenen 30 Millionen-Fonds zur Verringerung der Notlage im besetzten und besetzt gebliebenen Gebiet im Betrage von 10 Millionen $\%$ seiner Zweckbestimmung zugeführt werde. Dieser Betrag sei als **Ehrengabe des Reiches** zur Förderung der Wohlfahrt der Arbeitnehmerchaft an Rhein und Ruhr bestimmt. Im Rahmen der Spitzengewerkschaften dankte Gewerkschaftsvorsitzender Reichstagsabgeordneter **Grahamm** dem Reichskanzler für seine anerkennenden Worte. Die Vertreter des Gewerkschaftsausschusses für die besetzten Gebiete schloffen sich mit Dankesworten den Ausführungen Grahamms an.

Keine Rücktrittsdrohung des Reichsministers Schiele

Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach Reichslandwirtschaftsminister **Schiele** im Zusammenhang mit der Ablehnung der **Bollerhöhung** für Kartoffeln und Zuder durch den Reichstag mit seinem Rücktritt gedroht habe, trifft, wie die Blätter erklären, nicht zu. — Wie es in der „Täglichen Rundschau“ heißt, liegt nicht der geringste Grund vor, von einer Unstimmigkeit innerhalb der Koalition zu sprechen. Die Regierung beharrt auf ihrer Vorlage und die Regierungskoalition werde ihr dabei zustimmen. Das Blatt hegt übrigens die Hoffnung, daß die Bewidlung, die durch den Beschluß des Reichsrates entstanden ist, sich wider lösen wird und stützt sich dabei auf die Annahme, daß tatsächlich der Vertreter des Landes Sachsen im Reichstag infolge der Neubildung der sächsischen Regierung (das sächsische Wirtschaftsministerium befindet sich jetzt in deutschen Händen) mit neuen Instruktionen versehen werde, so daß die Tarifvorlage der Reichsregierung doch noch eine Mehrheit im Reichstag erhalten werde.

Verlängerung des Saarzollabkommens

W.D. Saarbrücken, 4. Juli (Tel.) Die Handelskammer von Saarbrücken teilt mit: Die deutsche und die französische Regierung haben die Verlängerung der Saarzollabkommen vom 5. August und 6. November 1926 einschließlich der besonderen Bestimmungen für das Saargebiet zum **Zusatzabkommen** vom 31. März 1927 durch ein am 1. Juli unterzeichnetes **Protokoll vereinbart**. Die Verlängerung läuft zunächst bis zum 31. August d. J. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Inkraftsetzung des Verlängerungsprotokolls stehen Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen. Ebenso ist noch nicht bekannt, wann die Ratifizierung des Protokolls vom 30. Juni 1927 erfolgt, da dieses bekanntlich deutschseits vorher noch dem Reichstag und Reichstag zur Billigung vorgelegt werden muß.

Die Lage in China

W.D. London, 4. Juli. (Tel.) Daily Mail berichtet aus Peking: **Schwere Kämpfe** sind an der Schantungfront im Gange. Ihr Ausgang wird die Lage Peking und Pekings sehr beeinflussen. Die Schantungstruppen werden beträchtlich vergrößert. Die Nordtruppen halten immer noch Peking.

Daily Telegraph berichtet aus Peking: Infolge des Durcheinanders ist es schwer, zu erkennen, was in Schantung vor sich geht. Der **Handel ruht fast vollständig**, weil die Währung um 20 Prozent gefallen ist. Die Renten haben geschwunden. Die **Lohnbesitzer** werden gezwungen, das von den Soldaten ausgegebene Geld anzunehmen. **Lebensmittelpolitik** ist die eines geschlagenen Mannes. Der Beginn der Regenzeit wird vielleicht alle militärischen Bewegungen für einige Wochen zum Stillstand bringen.

Internationaler Handelskammertag. Die Vollversammlung der Internationalen Handelskammer nahm die Entschlüsse über Lufttransport, internationale Handelsabkommen, Wechsel und Schecks, Ausfuhrkredite, Doppelbesteuerung, Schiedsgerichtsverfahren und Exequatur, die schon vorher von den betreffenden Kommissionen angenommen worden waren, an. Zum neuen Vorsitzenden der Kammer anstelle von Sir Alan Anderson wurde **E. Alberto Pirelli**, Italien, einstimmig gewählt.

Daubets angebliche Briefentwurf. Die „Action Française“ veröffentlicht einen Artikel von Daubets, den sie durch eine Briefstaube erhalten haben will. Der Brüsseler Korrespondent des Pariser „Soir“ will erfahren haben, daß Leon Daubet in Brüssel eingetroffen ist. Eine Nachprüfung dieser Nachricht war dem Korrespondenten nicht möglich. Im übrigen glaubt man in politischen französischen Kreisen, daß die Nachricht über einen Aufenthalt Daubets im Ausland **irreführend** sind und nimmt allgemein an, daß Daubet das **Freiwillig** der Stadt nicht verlassen hat und sich irgendwo bei Freunden versteckt hält.

Kurze Nachrichten

Botshafter von Dösch wird nach einem Erholungsurlaub in der zweiten Hälfte des Juli seinen Posten in Paris wieder übernehmen.

Wieder das alte Lied. Die französische Kolonialgesellschaft protestiert gegen die geplante Aufnahme eines deutschen Kolonialfachverständigen in den Mandatsausschuss des Völkerbundes.

Der Rhein. In Koblenz wurde die Ausstellung „Der Rhein“ feierlich eröffnet. In Ansprachen, an denen sich auch der Vertreter der Niederlande und der Schweiz beteiligte, wurde die Bedeutung des Rheins als Weltstrom und völkerverbindende Brücke gefeiert.

Der Doppelstädter Wütcher wurde vom Berliner Schwurgericht zwei Mal zum Tode, ferner wegen Raub und anderer Delikte zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Im polnischen Landtag wurde von verschiedenen Fraktionen eine Interpellation über die unhaltbaren Zustände in Ostoberschlesien seit Übernahme des Wojwodschafsamtes durch **Grazynski** eingebracht und Remedur gefordert.

Der amerikanische Flieger Verb ist mit seinen Begleitern in Paris eingetroffen. Zu Ehren der Flieger fanden Empfänge und Feiern statt.

Internationale Pressekonferenz in London. In London wurde eine internationale Pressekonferenz, auf der 27 Länder, darunter auch Deutschland, durch 170 Delegierte vertreten sind, durch einen von der Foreign Press Association veranstalteten Empfang eröffnet. Westminster Gazette spricht in einem Beiratsartikel die Überzeugung aus, daß alle in dem engsten Bund vereint sein werden, nach bestem Können „gutes Europertum“ zu fördern.

Badischer Teil

Der badische Staatspräsident an die Karlsruher Liederhalle

Staatspräsident **Dr. Trunt** hat an den Präsidenten der Karlsruher Liederhalle, Gymnasialdirektor **Karle**, zum Erfolg der Liederhalle bei der **Kärnberger Sängerwoche** folgenden Glückwunschtelegramm geschickt:

„Verdankt herzlichst hocherfreuliche Mitteilung über den hervorragenden Erfolg unserer Liederhalle, die als einziger badischer Verein an der ersten Sängerwoche in Nürnberg im liebwerten Land der Bayern teilnehmend in edlem Wettstreit kulturell hochbedeutungsvoll dem Vaterland unter den deutschen Mitbürgern Ehre und Freundschaft mehrt. Indem ich gleichzeitig die Schwestern und Brüder der Heimat verständige, entbiete ich der Liederhalle und ihrem Jubilär-Präsidenten den Glück und Glückwunsch der Heimat. Es lebe gerade ob des kulturellen-wahrschaffigen Fortschritts in der Menschheit die badische Heimat und das deutsche Vaterland.“

Generalversammlung des Badenwerks

Am 1. Juli 1927, abends 7 Uhr fand in Anwesenheit des Herrn Finanzministers **Dr. Schmitt** und des Herrn Innenministers **Dr. Kemmele** die ordentliche Generalversammlung der Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) statt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Präsident **Dr. Paul**, gab bei dieser Gelegenheit ein Dankeschreiben des Badenwerkes an den nach Berlin übergesiedelten Herrn Reichsfinanzminister **Dr. Schuler** bekannt, worin denselben für die tatkräftige Unterstützung während seiner Ministerstätigkeit im Lande Baden Dank ausgesprochen wird.

Die Generalversammlung nahm daraufhin von dem nachstehenden Bericht des Vorstandes Kenntnis:

Im abgelaufenen 6. Geschäftsjahr stieg der Anschlußwert um 11 053 kW auf insgesamt 119 291 kW. Die Anzahl der angeschlossenen Gemeinden erhöhte sich von 533 auf 540; sie umfassen 369 230 Einwohner mit 83 477 Haushaltungen, 70 781 Haushaltungen hiervon, d. i. rund 85 Proz., waren angeschlossen. Die Zahl der Lampen stieg von 442 097 auf 469 023, diejenige der Motoren von 14 601 auf 16 105.

Die im Bericht für das 5. Geschäftsjahr empfohlene Vorsicht in der Verteilung der Ausgaben für das 6. Geschäftsjahr hat sich als berechtigt erwiesen. Verschiedene industrielle Abnehmer mußten im Berichtsjahr Ausrüstung einbringen, die zusammen mit Rationalisierungsmassnahmen besonders im ersten Halbjahr zu einem Rückgang des Stromverbrauchs der Industrie führte. Wenn trotzdem die Stromabgabe auch im diesjährigen Geschäftsjahr eine Erhöhung erfahren hat, so ist dies im wesentlichen Umfang auf die im Winter 1926/27 erstmals erfolgte Stromlieferung an schweizerische Werke zurückzuführen.

Ausgaben abgedeckt wurden im ganzen Versorgungsgebiet: 168 176 600 Kilowattstunden (127 815 934 im Vorjahr), wovon 159 930 587 Kilowattstunden (120 238 749 auf Kraft und 8 246 013 Kilowattstunden (7 577 185) auf Licht entfielen. Im laufenden Geschäftsjahr haben sich die Absatzverhältnisse wieder verbessert; es ist bis jetzt sowohl im Groß- als auch im Kleinverbrauch eine erfreuliche Steigerung zu verzeichnen.

Die Wasserzulußverhältnisse bei den eigenen Wasserkraftwerken waren im Berichtsjahr mit Ausnahme der Monate Juni und Juli wenig günstig. Trotzdem konnte die Stromerzeugung infolge besserer Ausnutzung des Wasserzulußes über den vorjährigen Wert gesteigert werden.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß sich unser Kleinabnehmerkreis für die Abnehmer, die ihre Anlagen besser ausnützten, weiter günstig ausgewirkt hat. Hierdurch und durch eine günstigere Gestaltung der Tarifskalen ermöglichte sich der durchschnittliche Verkaufspreis beim Kleinverbrauch auf 32,5 Pf. je Kilowattstunde.

Das verfloßene Geschäftsjahr war gekennzeichnet durch die Beendigung der in den letzten Jahren in Angriff genommenen Erweiterungsanlagen und durch den weiteren Zusammenbruch mit anderen Werken.

Im August 1926 erfolgte die Fertigstellung der Sperrmauer des Schwarzenbachwerkes, Oktober 1926 die Überleitung der Baumünzach in das Schwarzenbachbetten; der im Frühjahr 1922 in Angriff genommene Bau des Schwarzenbachwerkes ist hiermit zum Abschluß gebracht. Die umfangreiche Erweiterung des Schalthauses Karlsruhe war am Ende des Geschäftsjahres beendet und in Betrieb genommen.

Im April 1926 wurde der Stromaustausch mit schweizerischen Werken auf Grund des mit der Schweizerischen Kraftübertragung A.-G. Vern abgeschlossenen Vertrages aufgenommen; in den Sommermonaten, in der Zeit großer Kraftdarbietung der schweizerischen Werke wurde Strom in unser Netz geliefert, im Winter, in der Zeit geringen Wasserzulußes bei den schweizerischen Werken, erfolgte Lieferung aus unseren Stromquellen. Im Dezember 1926 schlossen wir unsere Anlagen mit denen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes Essen über eine von diesem Werk nach Rheinau geführte, für eine Spannung von 220 000 Volt bemessene Leitung zusammen. Im Februar 1927 setzte unsere Stromlieferung an das Kraftwerk Laufenburg in dessen neu errichtete Transformatorstation Wilingen ein.

Der im Februar 1926 begonnene Neubau unseres Schalthauses Rheinau wird im Sommer 1927 beendet sein.

Am 9. Oktober 1926 wurde die Kraftwerk Ahrburg-Schwörstadt A.-G. in Rheinfelden (Schweiz) mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Franken gegründet. Am Aktienkapital dieses Oberrhein-Kraftwerkes mit einer voraussichtlichen Jahreserzeugung von über 600 Millionen Kilowattstunden beteiligen wir uns mit 25 Proz. = 7,5 Millionen Schweizer Franken, wovon im Laufe des Geschäftsjahres 20 Proz. = 1,5 Millionen Schweizer Franken von uns eingezahlt worden sind.

Zu Anfang des Geschäftsjahres wurde das Aktienkapital von 18 auf 21 Millionen RM erhöht; außerdem wurden weitere Mittel durch langfristige Darlehen beschafft.

Die Änderung in den Beträgen der Anleihe I (Wurgwerf) und Anleihe II (Schluchsee) 1. Teil ist durch die Ablösung der infolge der Reichsmarkumstellung sich ergebenden Spitzenträge verursacht. Die Anleihe II (Schluchsee) 2. Teil wurde von uns auf den 31. Dezember 1926 gekündigt.

Den nach Vornahme der erforderlichen Rücklagen für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen verbleibenden Reingewinn schlagen wir vor, wie folgt, zu verteilen:

Gefährliche Rücklage, in den Referenzfonds	RM 104 488,77
9 Proz. Gewinnanteil aus RM 18 000 000.—	1 620 000.—
9 Proz. Gewinnanteil aus RM 3 000 000.—	261 000.—
vom Tage der Eingahlung an	100 000.—
Zuweisung an den Wohlfahrtsfonds	9 390,86
Vortrag auf neue Rechnung	RM 2 088 769,88

Unsere bisherigen Rückzahlungsverpflichtungen für Anleihen der Großkraftwerk Mannheim A.-G. sind infolge Einlösung dieser Anleihen sämtlich erloschen.

Dem Aufsichtsrat und dem Vorstand wurde seitens der Generalversammlung Entlastung erteilt.

Hauptversammlung des Reichsausschusses für Leibesübungen

Bad. Karlsruhe, 8. Juli. Vom 2.—4. Juli fand hier die Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege statt. Im letzten Jahre ist es erfreulicherweise gelungen, die große Gemeinschaft der Deutschen Turnerschaft, die eine zeitlang abseits stand, wieder in den Reichsausschuss zu bekommen.

Am Sonntag vormittag 10 Uhr, fand im kleinen Festsaal die Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses unter dem Vorsitz von Erz. Staatssekretär a. D. Dr. Lewald statt. In seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender des Reichsausschusses begrüßte er die zahlreich erschienenen Vertreter, insbesondere Prof. Dr. Vogt vom Bayerischen Kultusministerium, Ministerialrat Bauer vom Württembergischen Kultusministerium, Ministerialdirektor Dr. Huber vom Badischen Kultusministerium, Oberbürgermeister Dr. Finter, Karlsruhe, den Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses des Badischen Landtages und in Vertretung des Erzbischofs von Freiburg, Domkapitular Dr. Jauch, Freiburg. Die Hauptversammlung war besucht von 220 Teilnehmern, darunter 23 Vertreter von 20 Städten, Vertretern von Verbänden und Ortsgruppen des Reichsausschusses, Vertretern von Schulbehörden, der Reichsbahn und der Post.

Namens der badischen Staatsregierung überbrachte Dr. Huber vom Bad. Kultusministerium Grüße, während Oberbürgermeister Dr. Finter namens der hiesigen Stadtverwaltung die Vertreter herzlich willkommen hieß und der Tagung einen guten Verlauf wünschte. Nachdem noch Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard, Vorsitzender des interfraktionellen Ausschusses des Bad. Landtages, namens des badischen Volkes Grüße überbracht hatte, ergriffte Erz. Dr. Lewald den Tätigkeitsbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß eine stetige Entwicklung und ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen ist. Dem Reichsausschuss gehören 133 Vertreter der Verbände, 82 Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, 28 Vertreter der Deutschen Hochschulen und 61 persönliche Vertreter an. Schatzmeister, Geh. Legationsrat Dr. Frisch, Berlin, gibt den Kassenbericht bekannt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Ausgaben sich im Rahmen des Haushaltsantrages gehalten haben. Daraus wurde dem Vorstand und den Ausschüssen Entlastung erteilt und ungewöhnliche Satzungsänderungen, die Prof. Dr. Berger, Berlin, begründete, angenommen. Die satzungsgemäß auscheidenden Mitglieder des Vorstandes und des Reichsausschusses werden einstimmig wiedergewählt, neuhinzugewählt wird als 3. stellv. Vors. Rechtsanwalt Lenz, München.

Der Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen, Dr. Diem, Berlin, berichtet sodann über die Entwicklung der Deutschen Hochschulen für Leibesübungen, die unter dem Zeichen innerer Erleuchtung und damit Hand in Hand gehender Befestigung aller Verhältnisse getrieben habe.

In seinem Schlusswort brachte Erz. Dr. Lewald drei Telegramme zur Verlesung, und zwar an den Reichspräsidenten, den Reichsfinanzminister Dr. Marx und an den Reichsfinanzminister Dr. Köster, die einstimmig angenommen wurden. In dem Telegramm an den Reichspräsidenten heißt es u. a.: Die zur Hauptversammlung in Karlsruhe erschienenen Vertreter des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen haben soeben einmütig und begeistert dem Vorstandsantrage zugestimmt, am Sonntag, den 2. Okt., dem Geburtstag unseres allberühmten Herrn Reichspräsidenten auf allen deutschen Spiel-, Turn- und Sportplätzen durch Wettspiele zu feiern. Wir bitten Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, zu genehmigen, daß die Spiele den Namen Hindenburgspiele führen, und daß der Ehrenpreis ihr Bild trägt.

Damit wurde die Hauptversammlung des Reichsausschusses für Leibesübungen geschlossen. Die nächste Hauptversammlung wird in Breslau stattfinden. Mittags gab die Stadt zu Ehren der Gäste ein Frühstück, bei dem Oberbürgermeister Dr. Finter die Teilnehmer an der Tagung nochmals bewillkommnete und Staatssekretär a. D. Dr. Lewald ein Hoch auf die Stadt Karlsruhe ausbrachte.

Nachmittags schloß sich an das Pokalwettbewerbsspiel Karlsruher Fußballverein gegen 1. F. C. Nürnberg — bei welchem Karlsruhe siegte — eine machtvolle Kundgebung zugunsten der Pflege der Leibesübungen in der Festhalle an, zu der sich außer den Teilnehmern an der Tagung die am Sport interessierten Kreise zahlreich eingefunden hatten. Die badische Regierung war vertreten durch den Staatspräsidenten und die Minister für Kultus und für Finanzen, die Stadt durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeister Schneider, ferner waren anwesend Vertreter der Kirchenbehörden sowie zahlreiche führende Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Pflege der Leibesübungen. Etwa 60 Abordnungen von Sportvereinigungen, die vor der Festhalle Aufstellung genommen hatten, marschierten mit ihren Fahnen, Bannern und Wimpeln in die Festhalle und nahmen auf dem Podium Aufstellung.

Der 1. Vorsitzende des Bad. Ausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, Brenner, kennzeichnete in seiner Begrüßungsansprache die Ziele des sportlichen Strebens. — Kultusminister Veers begrüßte die Versammlungsteilnehmer und insbesondere den Reichsausschuss für Leibesübungen, namens

Ballet „Sylvia“ im Landestheater

Die Sonnabendvorstellung des Landestheaters gab den Balletkräften unter Leitung Ethil Vielesfelds Gelegenheit, in der Neuinszenierung von „Sylvia“ (Ballett von Jules Barbier und Micaëla Maillart) ihre Leistungen zu zeigen. Der Abend hinterließ im allgemeinen einen erfreulichen Eindruck. Man kann nicht ganz umhin, sich die Frage vorzulegen, ob das Ballett uns Heutigen überhaupt noch etwas zu sagen vermag. In der Art, wie es uns vorgeführt wurde, jedenfalls nicht. Denn, was wir da zu sehen bekamen, hatte weder das Gute des alten Balletts an sich, noch verriet es irgend eine moderne Belebung. Das Ganze wirkte stillos. Solche Abende sind kein Gewinn für das Theater und das Publikum. Das Stück selbst taugt auch nichts, es ist blutlos.

Fräulein Vielesfeld wünschte man eine größere Leichtigkeit der Bewegungen, die das von ihr Gewollte und auch im Anschluß daran mit mehr Selbstverständlichkeit zum Ausdruck kommen läßt. Am besten waren wohl ihre Solotänze im 3. Bild, wie auch in Struktur und Entwicklung die Gruppentänze der Slavinnen u. Jägerinnen im gleichen Bild, die am meisten die Eigenart des Balletts wahrten. Gemindert wirkten während des ganzen Abends die beiden männlichen Mitwirkenden, die sich an sich große Mühe gaben aber für diese Rollen eigentlich nicht angepaßt sind. Die Ausstattung war gut, besonders das letzte Bild wirkte wohlthuend durch seine Einfachheit in Farbe und Aufbau. Die musikalische Leitung lag in den bewährten Händen von Dr. Heinz Knoll, der anlässlich seines Abschiedes vom Karlsruher Landestheater zum Schluß der Vorstellung einen Blumenregen von den Mitwirkenden des Balletts über sich ergehen lassen mußte und unter allseitigem Beifall wiederholt vor den Vorhang gerufen wurde.

Dr. Julius Elias f. Der hervorragende Berliner Literaturhistoriker Dr. Julius Elias ist an den Folgen einer Operation kurz vor Vollendung seines 60. Lebensjahres gestorben.

der Regierung, betonte, daß in Baden auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung durch Sport und Spiel schon Erfreuliches geleistet worden sei, wies auf die weitaussehenden diesbezüglichen Pläne in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg hin, hob die erfreuliche rege Zusammenarbeit aller an den Bestrebungen zur Pflege der Leibesübungen beteiligten deutschen Kreise hin, gedachte des Bahnbrechers auf diesem Gebiete, des Karlsruher Alfred Maul, schloß mit der Mahnung an das deutsche Volk, wie in der Frage der körperlichen Erziehung auch in allen anderen Dingen einträchtig zusammenzuarbeiten und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf das deutsche Vaterland aus. Die Versammlung sang hierauf stehend das Deutschland-Lied.

Oberbürgermeister Dr. Abenauer, Köln, der als weiterer Redner vorgesehen war, hatte sich wegen dienstlicher Abhaltung entschuldigen lassen. Nach dem Abingen des Deutschland-Liedes ergriff Erz. Dr. Lewald als 1. Vorsitzender des Reichsausschusses für Leibesübungen das Schlusswort und dankte herzlich für die überaus herzliche Aufnahme in der badischen Festhalle. Die Kundgebung war umrahmt von Darbietungen des Männergesangsvereins „Niedertranz“ und der „Harmonietruppe“.

Aus der Landeshauptstadt

Verein Südwestdeutscher Sportpresse. Am Sonntag Vormittag wurde hier mit dem vorläufigen Sitz in Karlsruhe ein Verein südwestdeutscher Sportpresse (Baden, Pfalz und Württemberg) gegründet als Unterabteilung des Reichsverbandes deutscher Sportpresse.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, den 5. Juli, gelangt Hebbels „Judith“ zur letzten Wiederholung in dieser Spielzeit; ebenso das Schauspiel „Thomas Raine“ von Hanns Nohst als Mittwoch, den 6. Juli, als Schiller-Vorstellung (Beginn halb sieben Uhr). „Polpone“ von Stefan Zweig nach Ben Jonson geht am Donnerstag, den 7. und Freitag, den 8. Juli, als „Vollstündigen-Vorstellung“ in Szene. — Den Schluß des Spieljahres bildet am Samstag, den 9. Juli, die Erstaufführung von Walter Hasencamp, „Das Nürnbergische Ei“, ein Schauspiel, in dem das gläubige Wirken und Schaffen als das wahrhaft Göttliche im Menschen triumphiert.

Wiener Operette im Konzerthaus. Die bei den bisherigen Aufführungen mit außerordentlich großem Beifall aufgenommene Ausstattungsoperette „Der Orlow“ von Bruno Granichsieden wird heute abend zum vierten Male gespielt. Der Weltkrieger Grafin Maria, dessen Aufführung im Jahre 1925 auch in Karlsruhe das Tagesgespräch bildete, geht morgen, Dienstag, neu ins Licht, mit Eva Reyer, Willi Wahle, Claudine Rainold, Hans Benning, Willi Stadler und Domy Czaj zum ersten Mal in Szene.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte. Auf der Rückseite des nach Osten abziehenden Tiefdruckwirbels hatte Baden gestern noch zeitweise Regen bei anhaltend bewölktem Himmel. Vor Irland liegt jetzt ein neuer sehr tiefer ozeanischer Wirbel mit einem Ausläufer bis nach Spanien, dessen Vorbeiziehung uns heute Aufheiterung gebracht hat. Die vom Wirbel herangeführte subtropische Warmluft wird in Verbindung mit der Höhe der Einstrahlung bei uns noch heute stärkere Erwärmung bringen. Die Dauer der vorübergehenden heiteren Witterung hängt von dem weiteren Verhalten des neuen Wirbels ab, doch wird voraussichtlich noch keine Verschlechterung eintreten. Vorherige bis Dienstag: Noch vielfach heiter, noch meist trocken, Besserung noch meist von Bestand.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 3. Juli. Zur Erinnerung an die vor 75 Jahren erfolgte Gründung des II. Bad. Grenadier-Regiments Nr. 1 Nr. 110 und an das 25jährige Bestehen des Vereins ehemaliger 110er fand vom 2. bis 4. Juli in der früheren Garnisonstadt des Regiments ein 110er Tag statt, dessen Mittelpunkt die Einweihung des Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen 110er bildete.

Bad. Gaisstätt (Baden), 4. Juli. Der Ortsgehilfe Stefan Weiland konnte dieser Tage sein 40jähriges Ortsjubiläum begehen.

Bad. Ettlingen, 4. Juli. In einem Schreiben des badischen Staatspräsidenten an den Bürgermeister von Ettlingen, in welchem der Staatspräsident den Dank der Regierung für die freundliche Aufnahme, welche die Stadt Ettlingen den Mitgliedern der Regierung bereitet hat, zum Ausdruck bringt, heißt es u. a.: Ihr Heimatfest hat deutlich den Aufstieg Ihrer Stadt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erkennen lassen, der möglich geworden ist durch Eintracht und Strebenkraft der Bürger, sowie durch Weisheit und Rastkraft der Stadtverwaltung.

Bad. Rastatt, 2. Juli. Regier. Verkehr herrschte gestern während des ganzen Tages an der Rheinbrücke. Infolge des Abflusses des vorläufigen Abkommens über den Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich um Mitternacht des 30. Juni beilehen sich Stahburger Geschäftsleute, sowie viel Waren als möglich noch zum alten Zolltarif nach Deutschland einzuführen. So wurden vor allem zahlreiche Lastautos mit Tomaten, Karotten, Gurgen, Salat und anderen Gemüsen, Blumen, Früchten, Obst und hauptsächlich Automobile über den Rhein nach Deutschland befördert, aber auch aus Deutschland gingen noch große Wagenladungen Waren z. B. Erzeugnisse für Maschinen, Nähmaschinen usw. über die Brücke nach Frankreich.

Bad. Willingen, 1. Juli. Zur Förderung der Waldwirtschaft ließ der Forstauschuss der Badischen Landwirtschaftskammer durch Vermittlung des Badischen Waldbesitzerverbandes den 14 landwirtschaftlichen Winterschulen, in denen fortwährender Unterricht erteilt wird und den beiden Waldbauschulen in Willingen und Haslach namhafte Beträge zur Beschaffung von Lehrmitteln überweisen. Erfreulicherweise hat der Sinn für Unterrichtsrichtung in waldbauwirtschaftlichen Dingen nicht nur in Kreisen der Waldbesitzer, sondern auch in solchen, die dem Walde weniger nahe stehen, in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Es ist zu begrüßen, wenn das Verständnis für die Waldwirtschaft und den Wald durch ausgehenderen Unterricht sich weiter verbreitet, da bekanntlich die Allgemeinheit an der Erhaltung und Pflege unserer Wälder selbst ein großes Interesse hat.

Bad. Waldshut, 1. Juli. Die Kreisversammlung Waldshut hielt nach ihrer Neuwahl gestern ihre erste (64. ordentliche) Versammlung ab. Der gesamte Voranschlag wurde von der Versammlung genehmigt. Die Einnahmen des Kreises werden mit 526 883 RM, die Ausgaben mit 696 187 RM angegeben, so daß sich ein Fehlbetrag von ca. 169 000 RM ergibt. Für das Straßenwesen allein werden 314 800 RM ausgegeben. Das Steuerkapital, das für Umlagezwecke herangezogen werden kann, wird mit 275 541 000 RM angegeben, es soll eine Umlage von sieben Pfennig pro 100 RM Steuerwert erbringen, so daß also rund 198 000 RM an Umlage eingehen würden. Der Überschuss von 23 600 RM soll einen Betriebsfonds zugeführt werden. Die Kreisflegelanstalt bestanden soll einen Einnahmeüberschuss von 84 000 RM erbringen, die in die Kreiskasse fließen.

Bad. Freiburg i. Br., 3. Juli. Professor Sata, der frühere Rektor der Medizinischen Akademie in Osaka, ist von der Universität Freiburg i. Br. in anbetragt seiner wissenschaftlichen Verdienste um die Vertiefung der deutsch-japanischen Kulturfreundschaft zum Ehrensenator ernannt worden. Professor Sata, der zur Zeit in Freiburg weilt, um hier mehrere Vorträge zu halten, wird begleitet von Professor Dr. Heberich von der Kaiserl. Universität Kyoto. Um das Zustandekommen des Besuchs des Prof. Sata in Deutschland haben sich die Freiburger Professoren Geh. Rat Dr. Hoffmann und Dr. Engelbert Krebs erfolgreich bemüht.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	3. Juli		1. Juli	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.92	169.26	168.86	169.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.70	112.92	112.68	112.90
Italien . . . 100 L.	23.29	23.33	23.37	23.41
London . . . 1 Pf.	20.47	20.51	20.47	20.51
Newyork . . . 1 D.	4.2155	4.2235	4.215	4.223
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.505	16.545
Schweiz . . . 100 Fr.	81.14	81.30	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	59.31	59.43	59.32	59.44
Prag . . . 100 Kr.	12.491	12.511	12.491	12.511

Staatsanzeiger

An die Baupolizeibehörden.

Den Firmen R. Moskopf & M. b. H. in Neuwied am Rhein, Koonstraße 3a und Hubald & Cie., G. m. b. H., in Koblenz, Marxenbildchenweg 15, wurde mit Erlaß vom 19. Mai 1927 Nr. 53 504 und vom 27. Juni Nr. 69 376 die Verwendung ihrer Zement-Bohnenkornsteine zur Herstellung von ein- und zweigeschossigen Wohnhausbauten unter bestimmten Bedingungen gestattet. Die beiden Firmen sind verpflichtet, den Baupolizeibehörden amtlich beglaubigte Abschriften dieser Bedingungen vorzulegen.

Karlsruhe, den 27. Juni 1927.

Der Minister des Innern

J. A.: Scheffelmeyer

Dem Augustinus-Heim Gut Hellberg in Ettlingen wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 29. Juni 1927.

Der Minister des Innern:

J. A.: Scheffelmeyer

Betrieb eines Totalisators durch die Pferdebesitzer-Gesellschaft der Hardt in Anielingen.

Der Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am Sonntag, den 17. Juli 1927, auf den Anielinger Rennwiesen stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 30. Juni 1927.

Der Minister des Innern

Kemmel

Maul- und Klauenseuche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Juli 1927 versucht:

Amstutz: Bruchsal, Gemeinden: Neudorf.

Ettlingen: Langensteinbach, Pfaffenrot.

Karlsruhe: Anielingen.

Konstanz: Bollmatingen.

Mosbach: Alfeld.

Tauberscheid: Breheim, Strensheim.

Überlingen: Zittendorf, Rastdorf, Arnau.

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

zu Polizeioberwachtmann die Polizeiwachmeister Anton Zimmermann in Karlsruhe und Gustav Birmele in Freiburg.

Planmäßig ange stellt:

Maschinenschreiberin Monika Burkart beim Bezirksamt Freiburg als Kanjistin.

Entlassen auf Ansuchen:

Verwaltungssekretär Friedrich Karrenkopf beim Bezirksamt Neustadt.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Berichtiget:

Rechtsanwalt Theodor Reuling in Heidelberg auf seine Zulassung beim Landgericht daselbst.

Ernannt:

Amtsgerichtsrat Dr. Richard Huber in Säckingen zum Ersten Staatsanwalt in Konstanz, Staatsanwalt Karl Gahr in Forstheim zum Amtsgerichtsrat in Säckingen; die Hilfsaufseher Franz Gaud bei Erziehungsheim Schloß Flebingen und Georg Ratschert beim Jugendstift Summisheim in Sinsheim zu Aufsehern.

Verlegt:

Justizrat Dr. Josef Pfeiffenberger in Philippsburg nach Achern, Gerichtsvorwarter Otto Kemmer beim Amtsgericht Breisach zum Amtsgericht Freiburg; die Justizsekretäre Adolf Boder beim Amtsgericht Ettlingen zum Amtsgericht Mannheim und Albert Wäg beim Notariat Ettlingen zum Amtsgericht daselbst, Kanjistin Elisabeth Kleiber beim Landgericht Offenburg zum Notariat daselbst.

Zurückgesetzt:

bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit Kanjistin Elsbeth Maria Doll beim Amtsgericht Wolfach.

Verurlaubt:

Erster Staatsanwalt Franz Knapp in Konstanz.

Ministerium der Finanzen

Domänenabteilung

Planmäßig ange stellt:

Kanjistin Hedwig Kuboff, bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums.

Fortabteilung

Zu Förstern ernannt, die Forstwärter Andreas Kottler in Reichental bei Gerndach, Friedrich Schäfer in Hesselbachhof bei Schönau b. S.

Rechnungshof

Ernannt:

Zum Ministerialrechnungsrat: Revisionsinspektor Joseph Burth; zum Revisionsinspektor: Steuerinspektor Wilhelm Wilhelm Kuboff.

Gestorben:

Professor Adolf Klingler am Verhuldgymnasium Freiburg am 26. Juni 1927.

Landamerikoschutzmeister Franz Schmitt in Königsbach



Eröffnung von Kontokorrentkonten

mit und ohne Kreditgewährung

Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe

306

Zentral-Handels-Register für Baden.

Achern. A. 993. Handelsregister A. Bd. II O. 3. 5: Süddeutsche Papier-Industrie Berger & Co., Achern. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 18. Juni 1927 begonnen. Gesellschafter sind: Berger, Otto, Kaufmann in Sasbach; Berger, Emil, Kaufmann in Achern; Berger, Hermann, Kaufmann in Sasbach. Achern, 20. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Baden-Baden. A. 1000. Handelsregister eintrag vom 17. Juni 1927. Abt. A. Bd. III O. 3. 88: Firma Gustav Wertheimer senior in Straßburg, Zweigniederlassung Baden-Baden. Die Zweigniederlassung ist zur Hauptniederlassung erhoben. Der Gesellschafter Hugo Wertheimer ist ausgeschieden; die Gesellschaft ist aufgelöst. Der fidejussorische Gesellschafter Fritz Wertheimer ist alleiniger Inhaber der Firma. O. 3. 90: Firma Josef Kleinmann in Baden-Baden. Inhaber ist Kaufmann Josef Kleinmann in Baden-Baden. O. 3. 91: Firma Konrad Brill in Baden-Baden. Inhaber ist Buchfabrikant Konrad Brill in Baden-Baden. Dem Kaufmann Edgar Brill in Baden-Baden ist Einzelprokura erteilt. (Buch-, Bleichwaren- und Fleischerwarenfabrik.) Baden, 17. Juni 1927. **Der Geschäftsführer des Bd. Amtsgerichts.**

Baden-Baden. A. 15. Handelsregister eintrag Abt. B. Bd. II O. 3. 32: Firma „Saffera“ Aktiengesellschaft, vorm. Hermann Kiese & Söhne in Baden-Baden. Kaufmann Robert Keschig ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Die Prokura des Albert Kettelhorst ist erloschen. Baden, 18. Juni 1927. **Der Geschäftsführer des Bd. Amtsgerichts.**

Baden-Baden. A. 14. Handelsregister eintrag vom 20. Juni 1927. Abt. B. Bd. II O. 3. 46: Firma Fabrik Stolzenberg Viro-einrichtung Aktiengesellschaft in Dos. In der Generalversammlung vom 28. Oktober 1926 wurde die Herabsetzung des Grundkapitals um 500 000 M beschlossen. Dasselbe beträgt nun noch 500 000 M. Die Herabsetzung ist durchgeführt. Durch Ausschichtungsbeschluß vom 22. April 1927 sind die ersten Sätze des § 5 des Statuts geändert. Das Grundkapital ist jetzt eingeteilt in 1500 Aktien à 200 M, 1995 Aktien à 100 M und 25 Aktien à 20 M. Die Vorstandsmitglieder August Wohlgenuth und Ernst Edelmann sind ausgeschieden. Kaufmann Ludwig Mang in Dos ist zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Die Prokura des Kaufmanns Wilhelm Kistner in Dos ist erloschen. O. 3. 58: Firma Trias Metallbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dos. Durch Gesellschaftsbeschuß vom 30. April 1927 wurde der § 1 des Gesellschaftsvertrags geändert (Firma). Die Firma lautet jetzt: Trias-Stella Metallbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Baden, 20. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. I.**

Baden-Baden. A. 27. Handelsregister eintrag Abt. B. Bd. I O. 3. 44: Firma Süddeutsche Distrikto-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Filiale Baden-Baden. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. April 1927 wurden die §§ 9 und 20 des Gesellschaftsvertrags geändert. Die Änderungen betreffen die Befugnisse des Aufsichtsrats und die Hinterlegung von Aktien zum Zweck der Ausübung des Stimmrechts in der Generalversammlung. Kommerzienrat Hermann Loh in Mannheim ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Direktor Kurt Wasser- mann in Mannheim ist zum Vorstandsmitglied bestellt. Die Prokura des Ernst Fink in Mannheim und Hermann Dietrich in Baden-Baden ist erloschen. Baden, 20. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. I.**

Baden-Baden. A. 28. Handelsregister eintrag Abt. B. Bd. II O. 3. 57: Firma Blum & Lewin Möbelvertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden. Durch Gesellschaftsbeschuß vom 28. März 1927 wurde § 4 des Gesellschaftsvertrags (Stammkapital) geändert. Baden, 22. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. I.**

Bruchsal. A. 961. Handelsregister eintrag A II O. 3. 59: Firma Karl Otto in Bruchsal, Zweigniederlassung in Delmsheim. Die Firma ist erloschen. Bruchsal, 30. Mai 1927. **Bd. Amtsgericht. III.**

Bruchsal. A. 29. Handelsregister eintrag A II O. 3. 136: Firma Paul Lenzer & Cie., Pigarren- und Mauchtab-fabrik, Kronau; Fabrikant Paul Alwin Lenzer in Kronau ist am 1. Mai 1927 aus der Firma ausgeschieden. Das Geschäft ist auf Kaufmann Johann Paul Lenzer in Kronau übergegangen, der es unter der bisherigen Firma fortführt. Der Übergang der im Betrieb des Geschäfts begründeten Forderungen sowie die Haftung für alle im Betrieb des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers Paul Alwin Lenzer ist beim Erwerb des Geschäfts durch Johann Paul Lenzer ausgeschlossen. Bruchsal, 13. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Bruchsal. A. 1. Handelsregister eintrag A II O. 3. 184: Firma Josef Köller & Co., Unter-grombach. Die Geschäftsführerin Josef Köller Witwe Maria, geb. Niedermayer, in Unter-grombach ist am 1. Januar 1927 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die übrigen Gesellschafter führen das Geschäft unter der bisherigen Firma fort. Bruchsal, 13. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. III.**

Donauessingen. A. 30. In das Handelsregister wurde heute eingetragen die Firma Dregal-Druckerei Vöhrenbach, Buch- und Kunstdruckerei — Inhaber C. Furtwängler und A. Sifeler — in Vöhrenbach. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Carl Furtwängler, Schriftleiter, und Anton Sifeler, Schriftföhrer, beide in Vöhrenbach. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Dezember 1924 begonnen. Die beiden Gesellschafter sind nur gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Donauessingen, 22. 6. 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Donauessingen. A. 31. Handelsregister zur Firma Frey & J. & E. Danneder in Furtwangen: Der persönlich haftende Gesellschafter Engelbert Danneder, Bauunternehmer in Furtwangen ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Donauessingen, 22. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Eberbach, Baden. A. 990. Handelsreg. Eintrag B. O. 3. 19. betri. die Firma „Eberbacher Zuckerraffin-fabrik Müller Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Eberbach. Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Wilhelm Müller ist beendet. Alleiniger Liquidator ist der Kaufmann Jakob Raab in Eberbach. Eberbach, 17. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Eberbach, Baden. A. 991. Handelsreg. Eintrag B. O. 3. 11. betri. die Firma „Zucker-Unter-schwabach, Aktiengesellschaft“ in Unter-schwabach. Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. Eberbach, 18. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Eberbach, Baden. A. 992. Handelsreg. Eintrag A. Bd. II O. 3. 38. betri. die Firma „Stumpf, König und Liebig, Kommandit-gesellschaft in Unter-schwabach“. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist nach durchgeführter Liquidation erloschen. Eberbach, 20. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

Emmendingen. A. 92. Handelsregister B I O. 3. 17: Firma Breisgau-Walzwerk C. m. b. H. Te-nungen. Die Prokura der Kaufleute Wilhelm Engelb und Richard Stöhr in Teiningen ist erloschen. Emmendingen, den 20. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. II.**

Freiburg, Br. A. 950. Handelsregister. A. Bd. IX O. 3. 180: Die offene Handelsgesellschaft Sanator - Ge-sellschaft Ritter & Co. in Freiburg ist aufgelöst, die Firma erloschen. Am 3. Juni 1927. A. Bd. IX O. 3. 14: Die offene Handelsgesellschaft Kränzel & Schulz ist aufgelöst, die Firma erloschen. Am 3. Juni 1927. A. Bd. IX O. 3. 275: Wiener Cafe Wilhelm G. Trecher, Freiburg. Inhaber ist Wilhelm G. Trecher, Kaffeekausbesitzer, Freiburg. Am 9. Juni 1927. B. Bd. V O. 3. 15: Firma Wilhelm Kreiter, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg wurde gemäß § 31 G. B. vom Amts wegen gelöscht. Am 2. Juni 1927. B. Bd. V O. 3. 110 bei Gesellschaft für Holzhandel mit beschränkter Haftung in Freiburg: Ernst Lude, Kaufmann in Freiburg, ist als Prokurist bestellt mit der Maßgabe, daß er berechtigt ist, in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Zeichnungs-berechtigten die Firma zu zeichnen. Am 7. Juni 1927. B. Bd. IV O. 3. 3: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators der Firma J. Raub & Co., Import- u. Export - Gesellschaft mit beschr. Haftung in Freiburg, ist beendet, die Firma erloschen. Am 9. Juni 1927. B. Bd. V O. 3. 108. Süddeutsche Rollab - Ge-sellschaft mit beschr. Haf-

Freiburg: Kaufmann Wolfgang Wüdingen, Freiburg, ist als weiterer Geschäftsführer mit dem Recht der Einzelzeichnung bestellt. Auch der Geschäftsführer Hans Gungler besitzt dieses Recht. Am 9. Juni 1927. **Amtsgericht Freiburg.**

Freiburg, Breisgau. A. 17. Handelsregister Freiburg. A. Bd. IX O. 3. 156: Firma Wolfgang Wüdingen, Freiburg, hat den Sitz nach Worms verlegt. Am 11. Juni 1927. A. Bd. VIII O. 3. 44: Firma Karl Jakob, Wagen-fabrik, ist erloschen. Am 14. Juni 1927. A. Bd. VI O. 3. 125. Physiologisch-chemisches Laboratorium Hugo Rosenberger, Freiburg: Dr. med. Eduard Wager, Freiburg, hat Gesamtprokura in der Weise, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem anderen Prokuristen die Firma zu zeichnen. Am 14. Juni 1927. A. Bd. IX O. 3. 276: Fahrradfabrik Martinstor Otto Feigen, Freiburg. Inhaber ist Dr. Otto Feigen, Kaufmann, Freiburg. Am 14. Juni 1927. A. Bd. VI O. 3. 335. Central - Drogerie Spielmann & Co., Freiburg: Die Kommanditgesellschaft ist durch das Ausscheiden der Kommanditistin aufgelöst. Drogist Josef Spielmann ist jetzt alleiniger Inhaber der Firma. Am 15. Juni 1927. A. Bd. IX O. 3. 277: Firma Eberhard Wagner-Sohlenlobbe, Freiburg. Inhaber ist Eberhard Wagner-Sohlenlobbe, Kaufmann, Freiburg. (Generalbetrieb geschäftl. Neheiten, Karlsplatz 96.) Am 15. Juni 1927. A. Bd. IX O. 3. 278: Foto-Kopp, Inhaber Heinrich Kopp, Freiburg. Inhaber ist Heinrich Kopp, Kaufmann in Freiburg. Am 17. Juni 1927. A. Bd. IX O. 3. 279: Andreas Beer, Löwen-bräuhaus, Freiburg. Inhaber ist Andreas Beer, Gastwirt, Freiburg. Am 17. Juni 1927. B. Bd. IV O. 3. 120. Wago-Werte Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Freiburg: Martin Goldmann ist als Vorstandsmitglied, Wills Melke und Ernst Klemm sind als stellvertretende Vorstandsmitglieder ausgeschieden. Am 15. Juni 1927. B. Bd. IV O. 3. 63 wurde eingetragen bei Wabische Sägewerksaktiengesellschaft mit dem Sitz in Freiburg: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators ist beendet. Die Firma ist erloschen. Am 17. Juni 1927. B. Bd. IV O. 3. 13 bei Darmstädter- und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Zweigniederlassung Freiburg (Breisgau) als Zweigniederlassung der Firma gleichen Namens in Berlin: Generalkonful Fritz Fink ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. Entsprechend ist der Gesellschaftsvertrag in § 18 Absatz 1 geändert. Am 17. Juni 1927. B. Bd. V O. 3. 114: Landeierhandel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Freiburg. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juni 1927 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Eiern, insbesondere mit Badenern. Stammkapital: 20 000 M. Geschäfts-

Freiburg: Kaufmann Daniel Freymar, Kaufmann in Freiburg, stellvertretender Geschäftsführer Frau Emilie Freymar, geborene Sanfer, daselbst. Am 17. Juni 1927. B. Bd. III O. 3. 129: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators des Formsteinwerks Freiburg i. B., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, ist beendet, die Firma erloschen. Am 18. Juni 1927. B. Bd. V O. 3. 37: Julia Werte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Freiburg, ist durch Gesellschaftsbeschuß vom 22. Juni 1927 aufgelöst; Frau Selma Fritzsche, geb. Riffener, Freiburg, ist Liquidatorin. Am 22. Juni 1927. **Amtsgericht Freiburg.**

Gernsbach. A. 962. Handelsregister A. Bd. I O. 3. 97: Firma Karl Schrauf, Murgstaler Granit- und Schatterwerk in Weisenbach. Die Firma ist erloschen. Gernsbach, 23. 6. 1927. **Amtsgericht.**

Heidelberg. A. 997. Handelsregister A. Bd. I O. 3. 299: Die Firma Leopold Sternweiler in Heidelberg ist erloschen. Band II O. 3. 311 zur Firma C. Reff & Cie in Ruhloch: Die Prokura des Johann Probst in Ruhloch ist erloschen. Band IV O. 3. 155 zur Firma J. F. Meizer in Redargemünd: Ein Kommanditist ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Einlage des in der Gesellschaft verbleibenden Kommanditisten ist erhöht. Band VI O. 3. 118: Firma Jakob Reuther in Mauer, Inhaber Kaufmann Edmund Reuther, daselbst. O. 3. 119: Firma Edmund Reuther in Mauer, Inhaber Kaufmann Edmund Reuther Ehefrau, Juliana geb. Gaberned, daselbst. Heidelberg, 21. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. B. 2.**

Heidelberg. A. 998. Handelsregister A. Bd. I O. 3. 128: Inhaberin der Firma Wilh. Voos in Heidelberg ist jetzt Jakob Voos Ehefrau. Gretel geb. Wisinger, in Heidelberg. Deren Prokura ist erloschen. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe desselben durch Gretel Voos, geb. Wisinger, ausgeschlossen. Band IV O. 3. 127 zur Firma Carl Paß u. Söhne in Heidelberg: Die Prokura des Robert Scharffe ist erloschen. Heinrich Paß ist jetzt Einzelprokurist. O. 3. 165: Die Firma Gebr. Schaaff in Heidelberg ist erloschen. Band VI O. 3. 96 zur Firma Leopold Dahler in Heidelberg mit Zweigniederlassung in Schweizingen: Dem Kaufmann Erich Stein in Mannheim-Aheinau ist Prokura erteilt. O. 3. 177: Firma Wilhelm Schmid in Heidelberg, Inhaber Kaufmann Wilhelm Schmid daselbst. Abt. B. Band I O. 3. 109 zur Firma Vorstand-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart Aktiengesellschaft in Heidelberg mit Zweigniederlassungen in Mannheim, Stuttgart und Blaubeuren: Durch Beschluß der

Generalversammlung vom 25. Mai 1927 wurde § 28 des Gesellschaftsvertrags ergänzt. Band III O. 3. 31 zur Firma R. Jung Fabrik für Präzisionsapparate Aktiengesellschaft in Heidelberg: Der Beschluß der Generalversammlung vom 12. Oktober 1926, nach welchem das Grundkapital von 184 000 M auf 46 000 M herabgesetzt und gleichzeitig um 54 000 M erhöht wird, ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 100 000 M. Der Gesellschaftsvertrag wurde entsprechend geändert. Die neuen 540 Stück Aktien à 100 M werden zum Kurse von 100% ausgegeben. Heidelberg, 18. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht. B. 2.**

Karlsruhe. A. 44. Handelsregister einträge. 1. Bauhütte Baden-Pfalz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit Zweigniederlassungen in Landau, Herrsch, Pfalz und Kaiserlautern. Durch Gesellschaftsbeschuß vom 28. März 1927 ist das Stammkapital um 18 000 M auf 42 940 M erhöht worden. Durch denselben Beschluß ist der Gesellschaftsvertrag in § 4 (Stammkapital) geändert worden. 24. 6. 27. 2. Karlsruher Parfümerie- und Toilettefabrik J. Wolff & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, mit Zweigniederlassungen in Berlin, Köln und München. Den Kaufleuten Fritz Hoff Wolff in Karlsruhe, Hans Wolff in Durlach und Dr. Kurt Wolff in Karlsruhe ist Prokura in der Weise erteilt, daß sie berechtigt sind, die Gesellschaft gemeinschaftlich mit einem Geschäftsführer, stellvertretenden Geschäftsführer oder einem Prokuristen zu vertreten. 24. 6. 27. 3. F. Hausbad, Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 1. Februar 1927 wurde dem Vorstandsmitglied Max Manasse die Befugnis erteilt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Der Frau Toni Manasse geb. Stern in Karlsruhe ist derart Prokura erteilt, daß sie berechtigt ist, zusammen mit einem Prokuristen oder einem Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten. 25. 6. 27. 4. Elektrobau- und Handwerks-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. Juni 1927 ist die Gesellschaft aufgelöst. Otto Marx, heidiger Buchrevisor in Karlsruhe, ist zum Liquidator bestellt. 27. 6. 27. 5. Oberrheinische Treuhand-Aktiengesellschaft in Karlsruhe, wohn der Sitz der Gesellschaft von Forzheim verlegt wurde. (Kriegstraße 174). Gegenstand des Unternehmens: Die Beforgung von Treuhandgeschäften jeder Art, periodische und ständige Revisionen von Unternehmen, Sanierungen, Inventuren und Jahresbilanzen, Anlegung und Führung von Geschäftsbüchern, Gründung und Umwandlung von Gesellschaften, Arrangements und Übernahme von Liquidationen, Testamentsvollstreckungen, Geschäftsaufsicht und Wahrung der Interessen abwesender Geschäftsinhaber, Direktoren usw., periodische und ständige Revisionen, Beratung in kaufmännischen Angelegenheiten aller Art, Übernahme des Amtes als Schiedsrichter, Erstattung von kaufmännischen Gutachten, sowie allen sonstigen in das Gebiet der Treuhanderei entfallenden Arbeiten, Beratung in allen Steuerangelegenheiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, allüberall Zweigniederlassungen zu errichten. Grundkapital: 5000 M, eingeteilt in 250 Inhaberk Aktien à 20 M. Vorstand: Verthold Sutter in Forzheim, Robert Wiedermann in Konstanz, Julius Seyp in Karlsruhe. Stellvertretende Vorstandsmitglieder sind: Hans Krauth, Prokurist in Mülhler, Josef Krebs, Kaufmann in Freiburg. Prokura: Dem Kaufmann Heinrich Reith in Karlsruhe ist Prokura in der Weise erteilt, daß er die Firma gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder stellvertretenden Vorstandsmitglied zu zeichnen berechtigt ist. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Mai 1919 festgestellt und inzwischen mehrfach, am 5. Januar 1922, 16. Juni 1923, 22. Dezember 1924 und 30. Mai 1927, geändert. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so ist zur Zeichnung für die Gesellschaft die Unterschrift zweier Direktoren erforderlich. Sind Prokuristen bestellt, so kann ein Direktor mit einem Prokuristen zeichnen. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Die Vorstandsmitglieder Verthold Sutter, Robert Wiedermann und Julius Seyp heißen Einzelvertretungsbefugnis. Die stellvertretenden Vorstandsmitglieder Krauth und Krebs zeichnen die Firma je zusammen mit einem Vorstandsmitglied oder stellvertretenden Vorstandsmitglied oder Prokuristen. Die Befugnisse der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsangeiger. 27. 6. 27. **Badisches Amtsgericht.**

Karlsruhe. A. 43. Handelsregister einträge. 1. Georg Schuh, Lebens- und Futtermittel, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 25. 6. 27. 2. Bad. Heizungs-Vaun-anfall, Karlsruhe, Friedrich Weigle in Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Paul Beck ist alleiniger Inhaber der Firma. 27. 6. 27. 3. Abrethaus Richard Mittel, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Richard Mittel, Uhrmachermeister, Karlsruhe. (Am Stadgarten I.) 29. 6. 27. 4. Süddeutsche Reichs-torrenzung Rudolf Kah, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Rudolf Kah, Redakteur, Karlsruhe. (Kaiserstr. 190.) 1. 7. 27. **Badisches Amtsgericht.**

Rehl. A. 993. Handelsregister. Firma Rehus & Cie. in Rehl, Karl Rehus-Oberländer, Fabrikant in Rehl, ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Karl Hans Rehus-Oberländer, Fabrikant in Rehl, ist persönlich haftende Gesellschafter; seine Prokura ist erloschen. Ein Kommanditist ist ausgeschieden, ein neuer eingesetzt. Rehl, 11. Juni 1927. **Bd. Amtsgericht.**

